



Generaldirektion Kommunikation
 Direktion C — Beziehungen zu den Bürgern
 Referat Beobachtung der öffentlichen Meinung



Zur Kenntnisnahme für die GD Kommunikation des Europäischen Parlaments
 Referat Beobachtung der öffentlichen Meinung
 Brüssel, im April 2013

Wahrnehmung des Europäischen Parlaments in Deutschland

KUMULIERUNG VON EUROPABAROMETER-UMFRAGEN ZUM EUROPÄISCHEN PARLAMENT	2
TEIL I – MEINE STIMME ZÄHLT	8
A – Meine Stimme zählt in der EU	8
B – Die Stimme Deutschlands zählt in der EU	9
TEIL II – PARLEMETER.....	10
I – EINZELANALYSE DER KENNTNISSE ZUM EUROPÄISCHEN PARLAMENT	10
A – Kenntnis der Tätigkeiten und Medienerinnerung zum Europäischen Parlament	10
1) Kenntnis der Tätigkeiten des Europäischen Parlaments	10
2) Medienerinnerung zum Europäischen Parlament	11
B – Kenntnis der Arbeitsweise des Europäischen Parlaments und der Wahlen zum Organ ...	12
1) Kenntnis der Arbeitsweise des Europäischen Parlaments	12
2) Kenntnis der Wahlen zum Organ.....	13
II – ERWARTUNGEN AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT	14
A – Vorrangige Bereiche	14
B – Vorrangige Werte.....	16
C – Erwartungen an die Rolle des Europäischen Parlaments.....	18
TEIL III – DIE KRISE	19
A – Reaktionen auf die Krise: individuelle oder koordinierte Maßnahmen?	19
B – Rückkehr zum Wachstum	20
METHODOLOGISCHER ANHANG:	21
REGIONALE ANALYSE DER EUROBAROMETER-ERGEBNISSE.....	21
A - Die Grenzen regionaler Analysen auf der Grundlage der Ergebnisse einer einzigen Umfrage	21
B - Durchführbarkeit regionaler Analysen durch Kumulierung der Ergebnisse mehrerer Umfragen	21

KUMULIERUNG VON EUROPABAROMETER-UMFRAGEN ZUM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Eurobarometer ist nicht als Instrument zur Untersuchung von Ergebnissen auf regionaler Ebene konzipiert. Gleichwohl ermöglicht die Kumulierung der Daten mehrerer EB/EP-Umfragen **mit gleicher Fragestellung die Ableitung regionaler Ergebnisse**.

Die Zusammenführung dieser Eurobarometer-Umfragen ergibt ein Gesamtergebnis. Änderungen der öffentlichen Meinung im Laufe der Zeit lassen sich daran nicht ablesen, doch ist eine regionale Analyse möglich.

Die verschiedenen Umfragen, die für die vorliegende Datenkumulierung berücksichtigt wurden, sind von der Generaldirektion Kommunikation des Europäischen Parlaments in Auftrag gegeben worden. Die Befragungen führte TNS Opinion & Social aus.

Für die Kumulierung wurden die folgenden elf Umfragen herangezogen:

EB/PE 78.2	Erhebungszeitraum: 3. November – 18. November 2012; Erfasster Personenkreis: 26 739 persönlich befragte Personen (Deutschland: 1 511).
EB/PE 77.4	Erhebungszeitraum: 2. Juni – 17. Juni 2012; Erfasster Personenkreis: 26 622 persönlich befragte Personen (Deutschland: 1 505).
EB/PE 77.2	Erhebungszeitraum: 10. März – 25. März 2012; Erfasster Personenkreis: 26 593 persönlich befragte Personen (Deutschland: 1 532).
EB/PE 76.3	Erhebungszeitraum: 5. November – 20. November 2011 Erfasster Personenkreis: 26 594 persönlich befragte Personen (Deutschland: 1 538).
EB/PE 75.2	Erhebungszeitraum: 13. April – 2. Mai 2011 Erfasster Personenkreis: 26 825 persönlich befragte Personen (Deutschland: 1 588).
EB/PE 74.3	Erhebungszeitraum: 25. November – 17. Dezember 2010 Erfasster Personenkreis: 26 574 persönlich befragte Personen (Deutschland: 1 519).
EB/PE 74.1	Erhebungszeitraum: 26. August - 16. September 2010 Erfasster Personenkreis: 26 635 persönlich befragte Personen (Deutschland: 1 577).
EB/PE 73	Erhebungszeitraum: 29. Januar - 17. Februar 2010 Erfasster Personenkreis: 26 671 persönlich befragte Personen (Deutschland: 1 531).
EB/PE 71	Erhebungszeitraum: 16. Januar - 22. Februar 2009 Erfasster Personenkreis: 26 718 persönlich befragte Personen (Deutschland: 1 523).
EB/PE 70	Erhebungszeitraum: 6. Oktober – 6. November 2008 Erfasster Personenkreis: 26 618 persönlich befragte Personen (Deutschland: 1 526).

EB/PE 68	Erhebungszeitraum: 22. September - 3. November 2007 Erfasster Personenkreis: 26 768 persönlich befragte Personen (Deutschland: 1 509).
-----------------	---

Alle Umfragen Zielgruppe: Europäer ab dem Alter von 15 Jahren

In den Anmerkungen zu Veränderungen, die (auf nationaler oder europäischer Ebene) stattgefunden haben, wird die betreffende Umfrage genannt, wobei auf den ersten Monat des Erhebungszeitraums und das Jahr Bezug genommen wird: Im Fall der Umfrage EB 68 wird zum Beispiel die Umfrage im September 2007 genannt.

REGIONALE ANALYSE

Die Analyse der Ergebnisse verschiedener EB/EP-Umfragen zwischen 2007 und 2012 offenbart einige Unterschiede zwischen den deutschen Bundesländern. Bitte beachten Sie, dass einige Fragen innerhalb eines kürzeren Zeitraums analysiert werden und lediglich die Wellen abdecken, in denen sie gestellt wurden.



➤ Meine Stimme zählt:

▪ **Meine Stimme zählt in der EU:**

- Vergleich EU27/Deutschland: **eine relative Mehrheit der Befragten in Deutschland stimmt zu, dass ihre Stimme in der EU zählt (48 % gegenüber 44 %).** In der EU insgesamt ist lediglich eine Minderheit der Befragten dieser Auffassung (37 % gegenüber 55 %).

- Unterschiede zwischen den Bundesländern: Es gibt erhebliche Unterschiede zwischen den deutschen Bundesländern: In Hamburg (64 %) und Bremen (60 %) ist eine große Mehrheit der Befragten der Auffassung, dass ihre Stimme zählt. In Sachsen (30 %) ist dies bei weniger als einem Drittel der Fall.
- **Die Stimme Deutschlands zählt in der EU:**
 - Vergleich EU27/Deutschland: **Mehr als jeder achte Befragte in Deutschland ist der Auffassung, dass die Stimme seines Landes in der EU zählt** (83 % im Vergleich zu 63 % im EU-Durchschnitt).
 - Unterschiede zwischen den Bundesländern: Die große Mehrheit der Befragten in allen deutschen Bundesländern teilt diese Ansicht.
- **Kenntnis der Tätigkeiten des Europäischen Parlaments:**
 - Vergleich EU27/Deutschland: 30 % der deutschen Befragten glauben, dass sie über die Tätigkeiten des Europäischen Parlaments gut informiert sind (gegenüber 27 % in der EU insgesamt).
 - Unterschiede zwischen den Bundesländern: Die Unterschiede sind begrenzt. Der subjektive Kenntnisstand ist in Rheinland-Pfalz (38 %) am größten und in Thüringen (23 %) am geringsten.
- **Medienerinnerung:**
 - Vergleich EU27/Deutschland: **Die Medienerinnerung zum Europäischen Parlament ist mit 62 % in Deutschland größer als im EU-Durchschnitt (54 %).**
 - Unterschiede zwischen den Bundesländern: In jedem deutschen Bundesland kann sich eine absolute Mehrheit daran erinnern, in letzter Zeit etwas über das Europäische Parlament gehört oder gesehen zu haben (die Angaben schwanken zwischen 54 % in Hamburg und 71 % in Rheinland-Pfalz).
- **Wissen über die Funktionsweise des Europäischen Parlaments**
- **Über die Sitzverteilung der MdEP:**
 - Vergleich EU27/Deutschland: **eine relative Mehrheit der Befragten in Deutschland weiß, dass sich die Sitzordnung der MdEP im Parlament nach ihrer politischen Ausrichtung richtet** (38 % im Vergleich zu 40 % im EU-Durchschnitt). Über ein Drittel glaubt, dass sich die Sitzordnung der MdEP nach ihrer Staatsangehörigkeit richtet (34 % im Vergleich zu 38 % im EU-Durchschnitt).
 - Unterschiede zwischen den Bundesländern: **Zwischen den Bundesländern gibt es erhebliche Unterschiede:** In elf Bundesländern weiß die Mehrheit der Befragten, dass sich die Sitzordnung der MdEP nach ihrer politischen Ausrichtung richtet, wobei die höchsten Anteile in Hamburg (45 %) und Niedersachsen (45 %) zu verzeichnen waren.
- **Über die Wahl der MdEP:**

- Vergleich EU27/Deutschland: 53 % der Befragten in Deutschland wissen, wie die MdEP gewählt werden, im Vergleich zu 55 % im EU-Durchschnitt.
- Unterschiede zwischen den Bundesländern: Mit Ausnahme eines Bundeslandes gab eine Mehrheit in allen deutschen Bundesländern die richtige Antwort. Die Hamburger Bürger wissen am häufigsten, dass die deutschen MdEP direkt von den EU-Bürgern gewählt werden (80 %); Berlin ist das einzige Bundesland, in dem nur eine knappe Mehrheit die richtige Antwort wusste (43 % gegenüber 45 %).

➤ **Als Prioritäten empfohlene Maßnahmen:**

- Vergleich EU27/Deutschland: Obwohl **die ersten beiden von den Befragten in Deutschland genannten Prioritäten dieselben sind wie im EU-Durchschnitt** („Die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“, 51 % in Deutschland, 50 % im EU-Durchschnitt; „Die Abstimmung von Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik“, 43 %, 32 % im EU-Durchschnitt, jeweils an zweiter Stelle), gibt es jedoch Unterschiede bei der Reihenfolge der anderen Punkte. Die Unterschiede zwischen dem nationalen Durchschnitt und dem EU-Durchschnitt liegen zwischen 1 bis 13 Punkten, wobei acht der zwölf Maßnahmen häufiger von den deutschen Befragten genannt werden als im EU-Durchschnitt.
- Unterschiede zwischen den Bundesländern: **Die Unterschiede zwischen den deutschen Bundesländern betragen zwischen 11 und 33 Punkten:** „Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ ist die in den deutschen Bundesländern am häufigsten genannte Maßnahme; Sachsen und Rheinland-Pfalz sind die einzigen Bundesländer, in denen „Die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ nicht an erster Stelle genannt wird (49 % bzw. 43 %, an zweiter bzw. dritter Stelle). Hier nannten die Befragten an erster Stelle „Die Abstimmung von Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik“ (51 % und 45 % im Vergleich zu 43 % im Durchschnitt in Deutschland).

➤ **Als Prioritäten empfohlene Werte:**

- Vergleich EU27/Deutschland: **In den Augen der Befragten in Deutschland wie auch im EU-Durchschnitt ist „Der Schutz der Menschenrechte“ der wichtigste Wert** (67 % in Deutschland, 57 % in der EU). Zu den drei am häufigsten genannten Werten gehören auch „Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union“ (36 %, 34 % in der EU) und „Gleichheit zwischen Männern und Frauen“ (34 %, 35 % in der EU). Die meisten Punkte werden in Deutschland häufiger als im EU-Durchschnitt genannt, mit zwei Ausnahmen: „Gleichheit zwischen Männern und Frauen“ und „Recht auf freie Meinungsäußerung“.
- Unterschiede zwischen den Bundesländern: Im Hinblick auf die Werte, die vom Europäischen Parlament verteidigt werden sollten, gibt es zwischen den Bundesländern große Unterschiede, die von 12 Prozentpunkten (für „Schutz von Minderheiten“) bis zu 30 Prozentpunkten (für „Gleichheit zwischen Männern und Frauen“) reichen.
 - An erster Stelle: **In allen Bundesländern ist „der Schutz der Menschenrechte“ der Wert, der vom Europäischen Parlament am vordringlichsten verteidigt werden soll** (dies sagen zwischen 50 % der Befragten in Bremen und 77 % der Befragten in Thüringen).
 - An zweiter Stelle: „Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten“ wird am häufigsten in Baden-Württemberg und Sachsen (44 % in beiden Bundesländern) und am seltensten in Thüringen (28 %) genannt.

- An dritter Stelle: „*Gleichheit zwischen Männern und Frauen*“ verzeichnet den höchsten Prozentsatz in Thüringen (48 %) und den geringsten in Bremen (18 %).

➤ **Die Rolle des Europäischen Parlaments:**

- Vergleich EU27/Deutschland: Die Mehrheit der Befragten in Deutschland möchte, dass das Europäische Parlament eine größere Rolle als derzeit spielt (46 %). Dieser Anteil liegt leicht unterhalb des europäischen Durchschnitts (49 %).
- Unterschiede zwischen den Bundesländern: In allen deutschen Bundesländern möchte eine Mehrheit der Befragten, dass das EP eine größere Rolle spielt. Die Befragten in Hamburg sind am häufigsten dieser Ansicht (63 %), während diese Meinung in Hessen (41 %), Bayern (41 %) und Schleswig-Holstein (40 %) weniger weit verbreitet ist.
- Trends EU27/Deutschland: In der jüngsten Umfrage **im November 2012 wollte eine absolute Mehrheit der Befragten in Deutschland, dass das EP eine wichtigere Rolle spielt** (54 %, das entspricht dem Ergebnis im EU-Durchschnitt).

➤ **Die Krise:**

▪ **Reaktionen auf die Krise: individuelle oder koordinierte Maßnahmen:**

- Vergleich EU27/Deutschland: **62 % der Befragten in Deutschland sind der Meinung, dass ihr Land angesichts der Krise besser geschützt wäre, wenn es Maßnahmen in Absprache mit anderen EU-Ländern einführt und umsetzt** (im Vergleich zu 56 % auf EU-Ebene).
- Unterschiede zwischen den Bundesländern: **In allen deutschen Bundesländern ist eine große Mehrheit der Befragten für koordinierte Maßnahmen**, wobei die Prozentsätze zwischen 56 % in Sachsen und 74 % in Hamburg schwanken.

▪ **Rückkehr zum Wachstum:**

- Vergleich EU27/Deutschland: 30 % der Befragten in Deutschland sind der Meinung, dass ihr Land schon jetzt zum Wachstum zurückkehrt; demgegenüber sind nur 12 % der Europäer der gleichen Meinung. 28 % der deutschen Befragten sind jedoch der Ansicht, dass die Krise noch viele Jahre andauern wird, im Vergleich zu 35 % auf EU-Ebene.
- Unterschiede zwischen den Bundesländern: **Zwischen den Bundesländern gibt es erhebliche Unterschiede**. Während eine absolute Mehrheit der Befragten in Hamburg der Auffassung ist, dass Deutschland schon jetzt zum Wachstum zurückkehrt (52 %), glauben dies in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern lediglich 16 %.
- Trends EU27/Deutschland: **Im September 2011 war zum ersten Mal eine Mehrheit der Befragten in Deutschland der Ansicht, dass die Krise noch viele Jahre andauern wird** (33 % im Vergleich zu 41 % auf EU-Ebene), während 25 % der Ansicht waren, dass Deutschland schon jetzt zum Wachstum zurückkehrt (lediglich 8 % im EU-Durchschnitt).

TEIL I – MEINE STIMME ZÄHLT

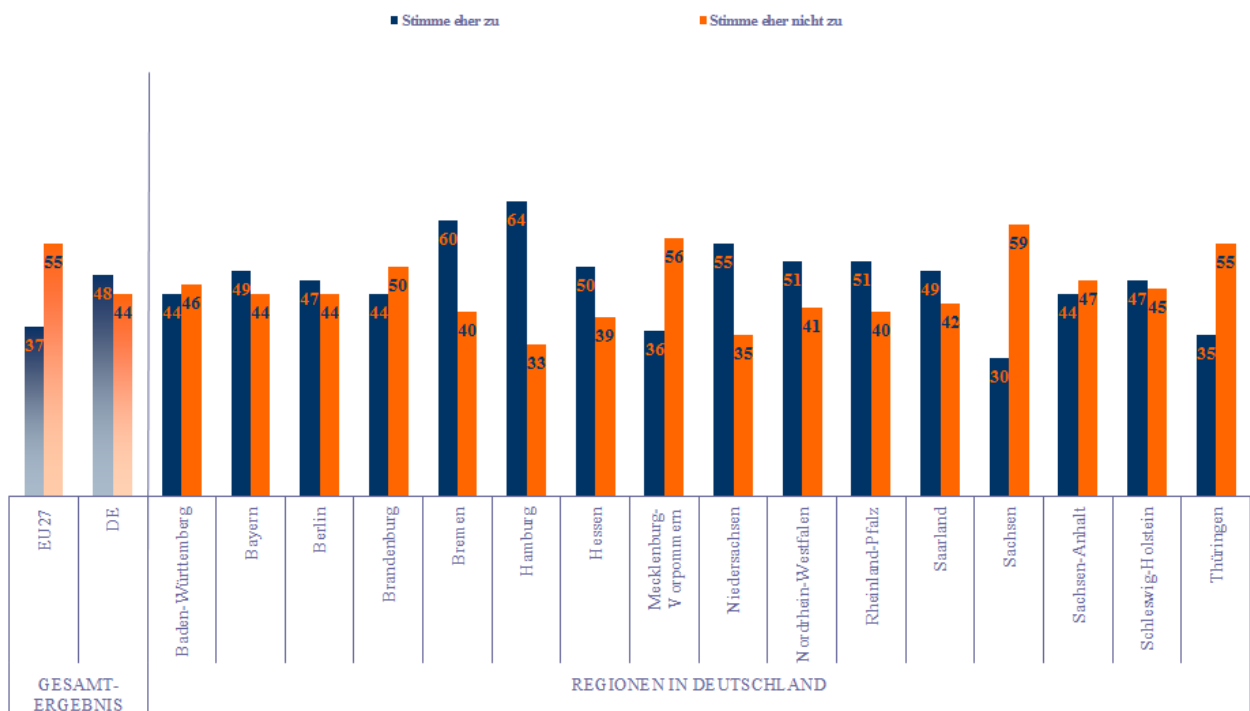
A – Meine Stimme zählt in der EU

- Eine knappe Mehrheit **der Befragten in Deutschland** ist der Ansicht, dass ihre Stimme in der EU zählt (48 % gegenüber 44 %, im Vergleich zu 37 % gegenüber 55 % im EU-Durchschnitt).

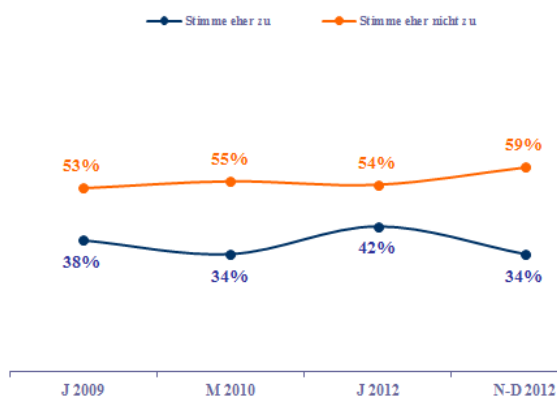
Zwischen den Bundesländern können erhebliche Unterschiede festgestellt werden: Die Befragten in Hamburg (64 %) und Bremen (60 %) sind am häufigsten dieser Ansicht, während die Befragten in Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen dezidiert der gegenteiligen Auffassung sind (59 %, 56 % bzw. 55 %).

Frage: „Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder nicht zu? Meine Stimme zählt in der EU“

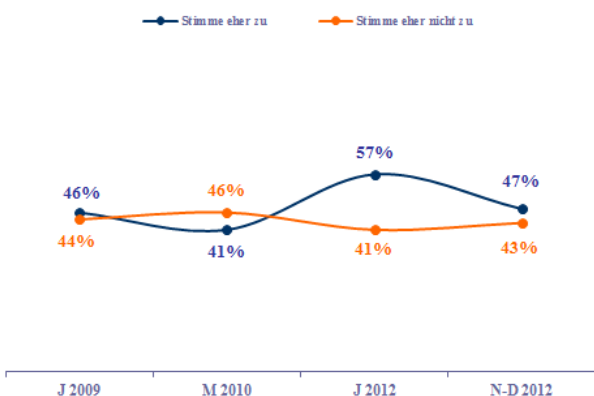
⇒ Kumulierte Ergebnisse: Regionale Unterschiede



⇒ Trends: EU27



Trends: DE



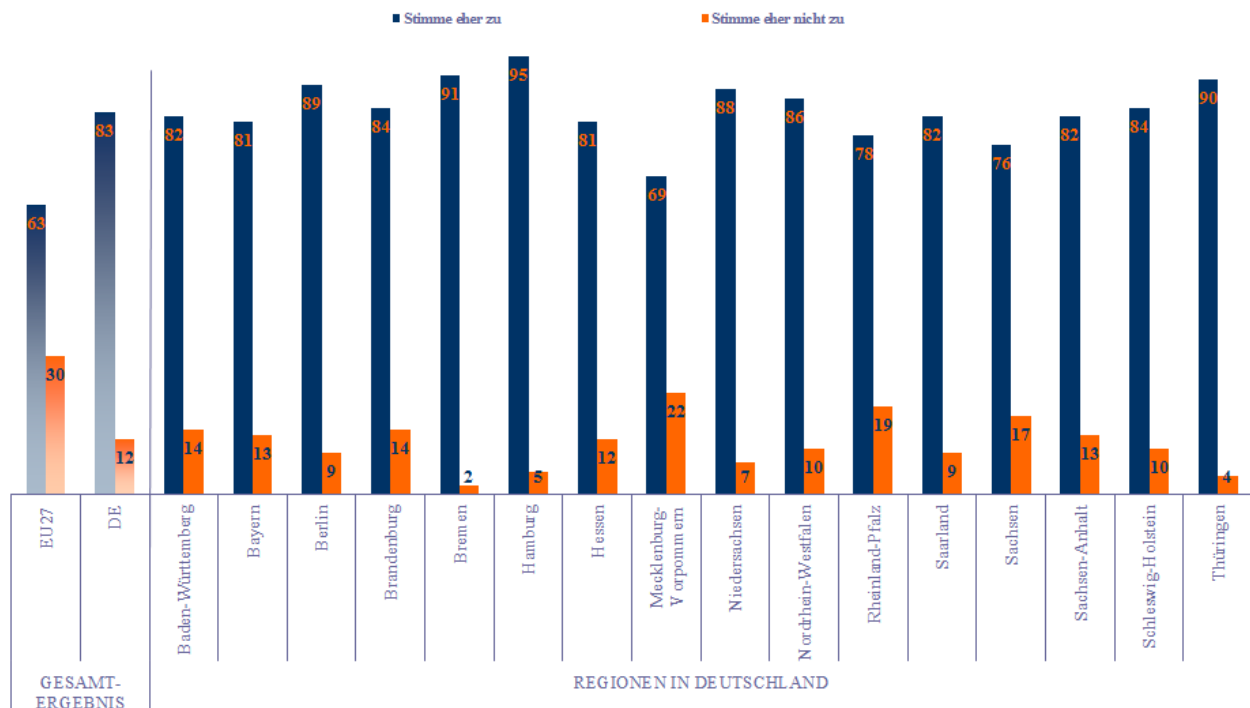
B – Die Stimme Deutschlands zählt in der EU

- Mehr als jeder achte Befragte in Deutschland ist der Ansicht, dass die Stimme seines Landes in der EU zählt, was weit über dem EU-Durchschnitt liegt (83 % gegenüber 63 % im EU-Durchschnitt).

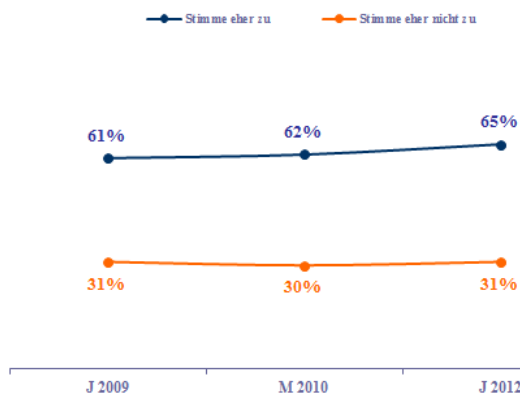
In jedem deutschen Bundesland stimmt eine absolute Mehrheit der Befragten dieser Aussage zu, wobei die Ergebnisse zwischen 69 % in Mecklenburg-Vorpommern und 95 % in Hamburg schwanken.

Frage: „Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder nicht zu? „Die Stimme (UNSERES LANDES) zählt in der EU“

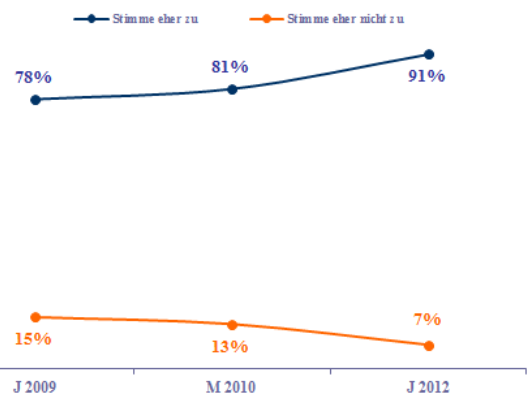
⇒ Kumulierte Ergebnisse: Regionale Unterschiede



⇒ Trends: EU27



Trends: DE



TEIL II – PARLEMETER

I – EINZELANALYSE DER KENNTNISSE ZUM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

A – Kenntnis der Tätigkeiten und Medienerinnerung zum Europäischen Parlament

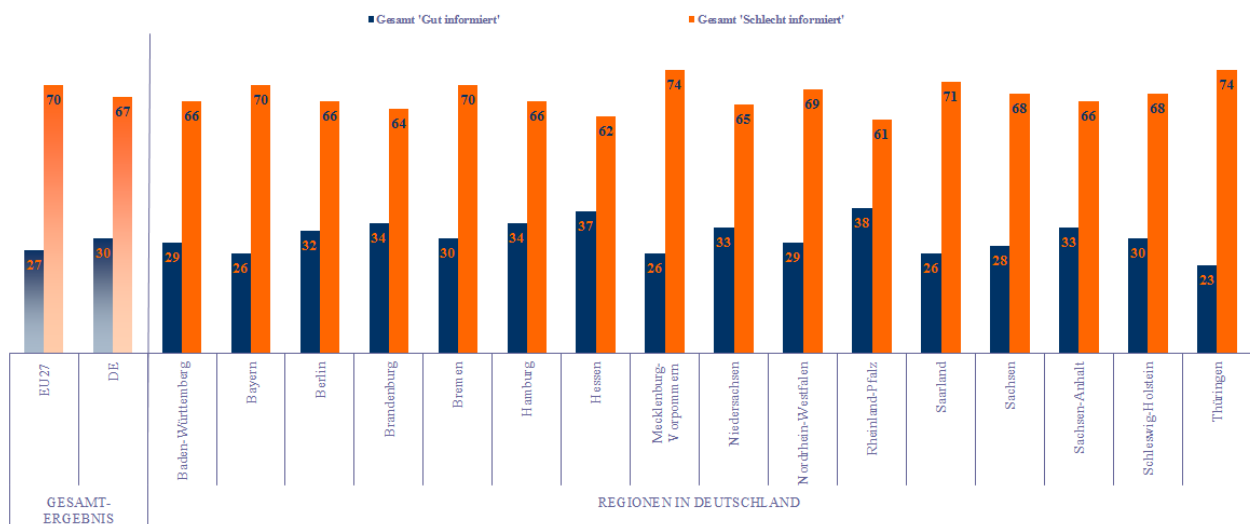
1) Kenntnis der Tätigkeiten des Europäischen Parlaments

- Der Eindruck, über die Tätigkeiten des Europäischen Parlaments gut informiert zu sein, liegt in Deutschland etwas über dem europäischen Durchschnitt (30 %, im Vergleich zu 27 % in der EU insgesamt).

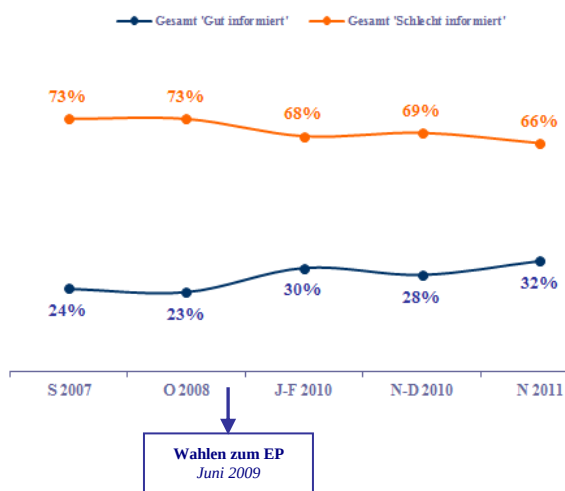
Dies trifft auch auf die meisten deutschen Bundesländer zu, wobei der höchste Wert in Rheinland-Pfalz (38 %) und der niedrigste Wert in Thüringen (23 %) zu verzeichnen ist.

Frage: „Halten Sie sich in Bezug auf die Tätigkeiten des Europäischen Parlaments grundsätzlich für sehr gut, eher gut, eher schlecht oder sehr schlecht informiert?“

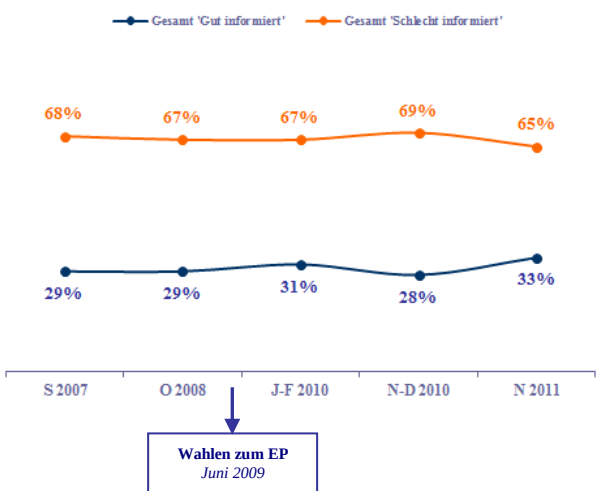
⇒ Kumulierte Ergebnisse: Regionale Unterschiede



⇒ Trends: EU27



Trends: DE



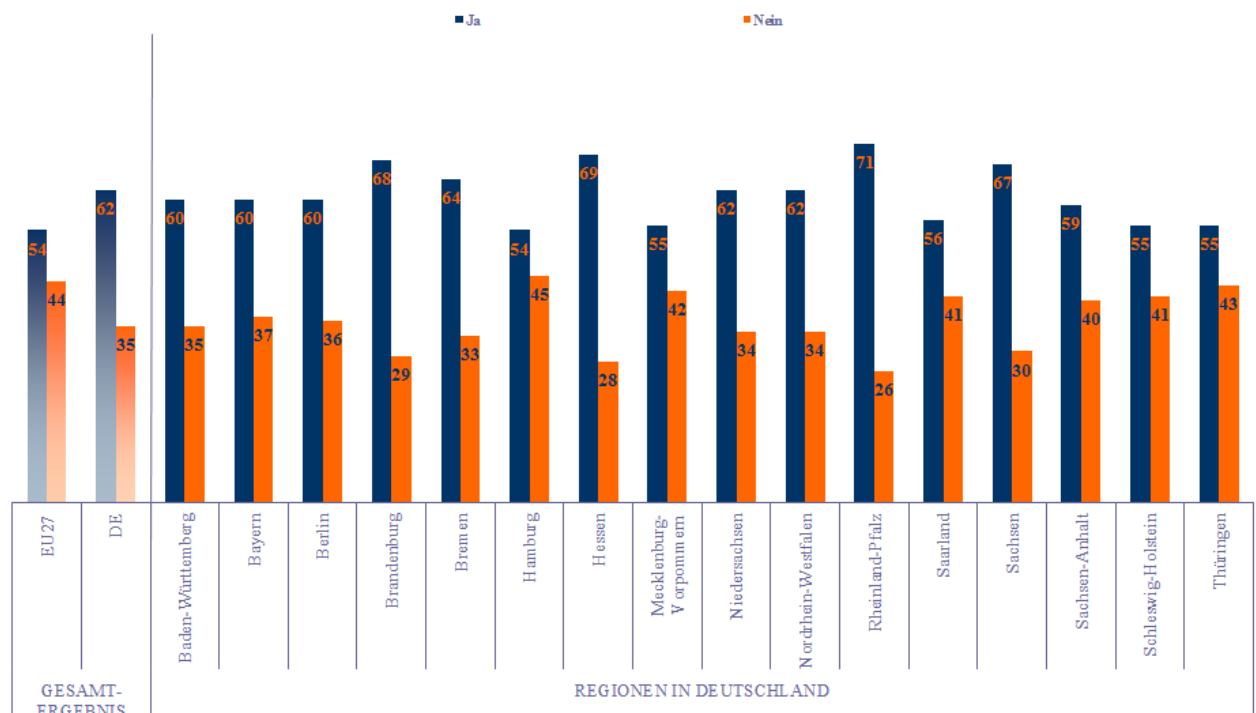
2) Medienerinnerung zum Europäischen Parlament

- Die Medienerinnerung zum Europäischen Parlament ist in Deutschland besser als im EU-Durchschnitt.

In allen deutschen Bundesländern kann sich eine absolute Mehrheit der Befragten daran erinnern, kürzlich Informationen über das EP erhalten zu haben. Der höchste Wert in Bezug auf die Medienerinnerung wurde in Rheinland-Pfalz (71 %), der niedrigste in Hamburg (54 %) verzeichnet.

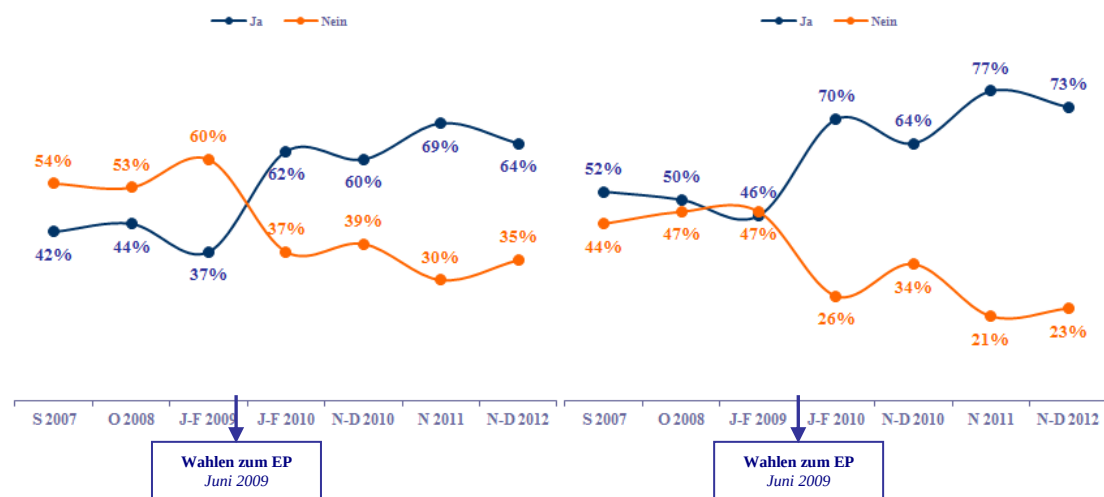
Frage: „Haben Sie in letzter Zeit in der Presse, im Internet, im Radio oder im Fernsehen etwas über das Europäische Parlament gelesen, gesehen oder gehört?“

⇒ Kumulierte Ergebnisse: Regionale Unterschiede



⇒ Trends: EU27

Trends: DE



B – Kenntnis der Arbeitsweise des Europäischen Parlaments und der Wahlen zum Organ

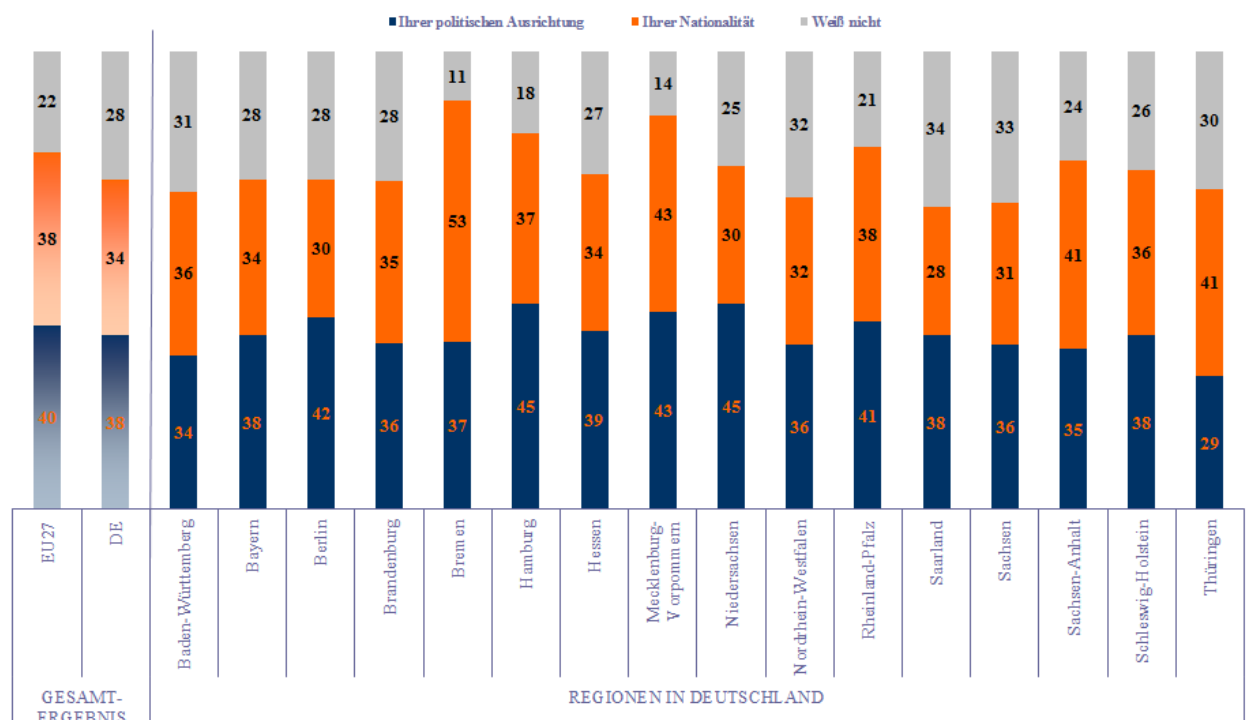
1) Kenntnis der Arbeitsweise des Europäischen Parlaments

- Zur Frage über die Sitzordnung der MdEP im Parlament zeigen die kumulierten Ergebnisse, dass **die Mehrheit der deutschen Befragten weiß, dass sie nach ihren politischen Bündnissen gruppiert zusammensitzen** (38 %); eine bedeutende Minderheit ist der Auffassung, dass sich die Sitzordnung nach der Nationalität richtet (34 %).

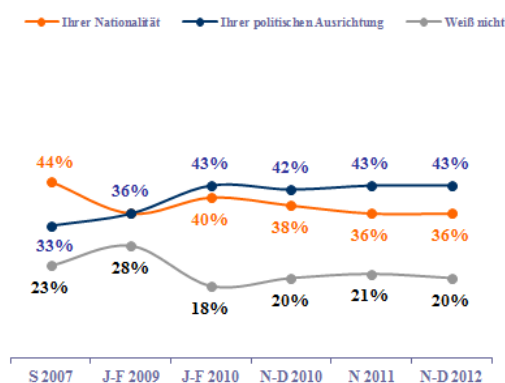
In elf Bundesländern weiß die Mehrheit der Befragten, dass sich die Sitzordnung der MdEP im EP nach ihrer politischen Ausrichtung richtet, wobei die höchsten Anteile in Hamburg und Niedersachsen (in beiden Bundesländern 45 %) gemessen wurden; in Bremen ist hingegen mehr als die Hälfte der Befragten der Ansicht, dass sich die Sitzordnung der MdEP nach ihrer Nationalität richtet (53 %).

Frage: „Und richtet sich ihrer Meinung nach die Sitzordnung der Abgeordneten des Europäischen Parlaments nach ... ihrer Nationalität oder ihrer politischen Ausrichtung?“

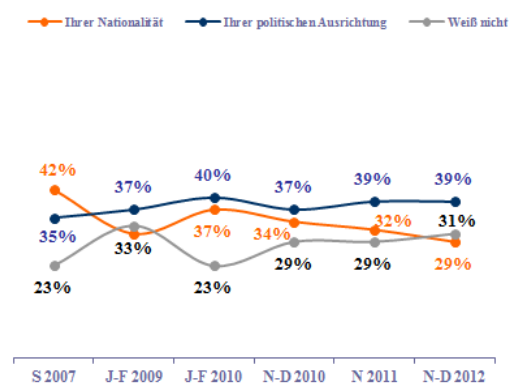
⇒ **Kumulierte Ergebnisse: Regionale Unterschiede**



⇒ **Trends: EU27**



Trends: DE



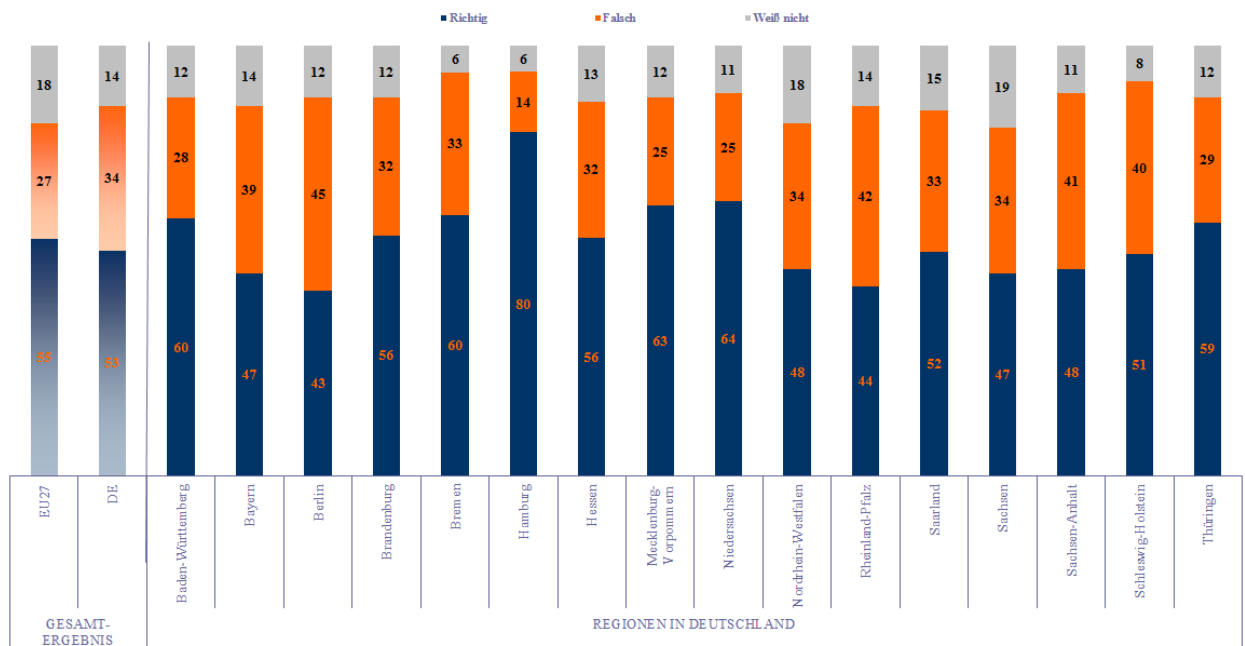
2) Kenntnis der Wahlen zum Organ

- Die Befragten in Deutschland sind etwas weniger gut darüber informiert, wie die MdEP ernannt werden, als der europäische Durchschnitt: 53 % wissen, dass die MdEP direkt von den Bürgern jedes Mitgliedstaats gewählt werden, während es im EU-Durchschnitt 55 % sind.

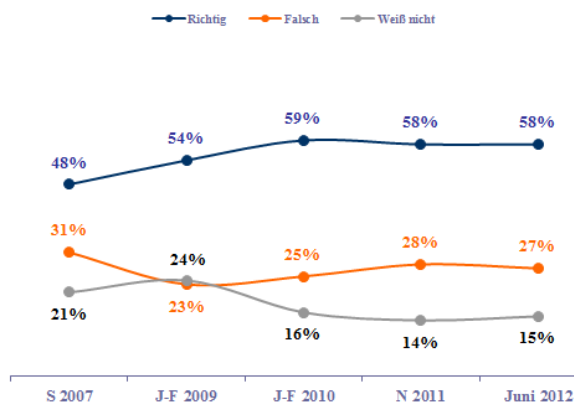
Die Unterschiede zwischen den deutschen Bundesländern sind erheblich; der Anteil richtiger Antworten in Hamburg (80 %) liegt weit über dem deutschen Durchschnitt.

Frage: „Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen über die Europäische Union, ob diese Ihrer Meinung nach richtig oder falsch ist. Die Mitglieder des Europäischen Parlaments werden direkt von den Bürgern jedes Mitgliedstaats gewählt.“

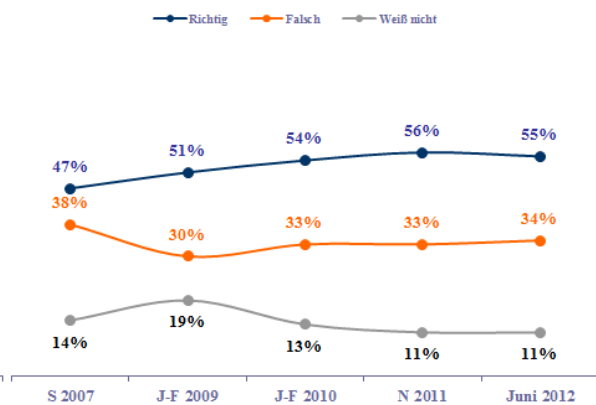
⇒ Kumulierte Ergebnisse: Regionale Unterschiede



⇒ Trends: EU27



Trends: DE



II – ERWARTUNGEN AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT

A – Vorrangige Bereiche

Die Ergebnisse für diese Frage beziehen sich auf fünfeinhalb Wellen. Sie sollten mit Vorsicht interpretiert werden, da die Anzahl der Befragten in einigen Bundesländern unter 150 lag. Dies ist die Mindeststichprobengröße für die Ermittlung regionaler Trends.

Frage: „Das Europäische Parlament setzt sich für die Entwicklung bestimmter politischer Maßnahmen in der EU ein. Welche der folgenden politischen Maßnahmen sollte Ihrer Meinung nach dabei Vorrang haben?“

Kumulierte Ergebnisse: Regionale Unterschiede

	Thüringen	Bremen *	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Hamburg	Berlin	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	DE	Nordrhein-Westfalen	Baden-Württemberg	Sachsen	Bayern	Hessen	Saarland *	Rheinland-Pfalz	EU27
Die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung	65%	61%	60%	56%	56%	55%	54%	53%	52%	51%	50%	50%	49%	48%	44%	44%	43%	50%
Die Abstimmung von Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik	Thüringen	Hamburg	Sachsen	Brandenburg	Berlin	Mecklenburg-Vorpommern	Bremen *	Niedersachsen	Rheinland-Pfalz	Sachsen-Anhalt	DE	Bayern	Saarland *	Hessen	Baden-Württemberg	Nordrhein-Westfalen	Schleswig-Holstein	EU27
	59%	51%	51%	51%	48%	48%	46%	45%	45%	44%	43%	43%	42%	42%	41%	39%	32%	32%
Der Kampf gegen den Klimawandel	Schleswig-Holstein	Baden-Württemberg	Bremen *	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen-Anhalt	Bayern	Berlin	Niedersachsen	Rheinland-Pfalz	DE	Nordrhein-Westfalen	Saarland *	Brandenburg	Hessen	Thüringen	Sachsen	Hamburg	EU27
	45%	42%	40%	39%	39%	39%	38%	37%	37%	36%	35%	33%	32%	31%	26%	21%	21%	24%
Eine gemeinsame Energiepolitik, um die Unabhängigkeit der EU im Energiebereich zu gewährleisten	Hamburg	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Saarland *	Niedersachsen	Thüringen	Bayern	DE	Hessen	Sachsen-Anhalt	Bremen *	Nordrhein-Westfalen	Berlin	Sachsen	Mecklenburg-Vorpommern	Brandenburg	Schleswig-Holstein	EU27
	56%	44%	43%	42%	38%	37%	36%	35%	35%	34%	33%	32%	30%	29%	28%	28%	23%	22%
Eine Verbesserung des Verbraucherschutzes und des Gesundheitsschutzes der Bevölkerung	Thüringen	Sachsen-Anhalt	Mecklenburg-Vorpommern	Saarland *	Rheinland-Pfalz	Brandenburg	Bremen *	Niedersachsen	Bayern	Hessen	Berlin	DE	Nordrhein-Westfalen	Baden-Württemberg	Sachsen	Schleswig-Holstein	Hamburg	EU27
	37%	36%	36%	35%	34%	33%	30%	29%	28%	28%	28%	27%	25%	25%	24%	17%	32%	
Die Bekämpfung des Terrorismus bei gleichzeitigem Respekt der persönlichen Grundfreiheiten	Mecklenburg-Vorpommern	Nordrhein-Westfalen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	DE	Bayern	Berlin	Brandenburg	Hamburg	Baden-Württemberg	Thüringen	Niedersachsen	Rheinland-Pfalz	Hessen	Sachsen	Bremen *	Saarland *	EU27
	37%	35%	35%	32%	28%	27%	27%	27%	27%	25%	25%	24%	22%	22%	21%	21%	20%	25%
Eine gemeinsame Außenpolitik, die es der EU ermöglicht auf dem internationalen Parkett mit einer Stimme zu sprechen	Hamburg	Hessen	Rheinland-Pfalz	Bayern	Niedersachsen	Baden-Württemberg	Nordrhein-Westfalen	DE	Mecklenburg-Vorpommern	Bremen *	Saarland *	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Berlin	Schleswig-Holstein	Thüringen	Brandenburg	EU27
	34%	31%	29%	26%	26%	26%	25%	25%	23%	23%	21%	21%	21%	20%	19%	18%	20%	
Eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die es der EU ermöglicht, sich internationalen Krisen zu stellen	Hamburg	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Baden-Württemberg	Sachsen-Anhalt	Bayern	Brandenburg	DE	Berlin	Niedersachsen	Schleswig-Holstein	Sachsen	Mecklenburg-Vorpommern	Rheinland-Pfalz	Thüringen	Saarland *	Bremen *	EU27
	26%	26%	25%	25%	25%	24%	24%	24%	23%	23%	23%	22%	22%	22%	22%	16%	15%	27%
Eine gemeinsame Einwanderungspolitik in Absprache mit den Herkunftsländern	Hamburg	Baden-Württemberg	Hessen	Bayern	Thüringen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	DE	Sachsen	Saarland *	Nordrhein-Westfalen	Brandenburg	Berlin	Sachsen-Anhalt	Bremen *	Rheinland-Pfalz	Schleswig-Holstein	EU27
	37%	29%	27%	25%	25%	24%	24%	24%	23%	23%	22%	21%	20%	19%	19%	17%	16%	20%
Eine Landwirtschaftspolitik, die umweltfreundlich ist und zum weltweiten Gleichgewicht in der Nahrungsmittelversorgung beiträgt	Hessen	Bremen *	Mecklenburg-Vorpommern	Rheinland-Pfalz	Sachsen-Anhalt	Brandenburg	Baden-Württemberg	Bayern	Thüringen	DE	Berlin	Niedersachsen	Hamburg	Nordrhein-Westfalen	Schleswig-Holstein	Sachsen	Saarland *	EU27
	27%	26%	25%	23%	23%	22%	22%	22%	21%	20%	20%	20%	19%	14%	14%	14%	9%	24%
Die Durchsetzung eines europäischen Sozialmodells	Brandenburg	Sachsen	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Bremen *	Berlin	Sachsen-Anhalt	Nordrhein-Westfalen	DE	Hamburg	Niedersachsen	Baden-Württemberg	Bayern	Rheinland-Pfalz	Thüringen	Schleswig-Holstein	Saarland *	EU27
	27%	24%	21%	20%	19%	19%	19%	18%	18%	18%	17%	17%	15%	14%	14%	12%	12%	13%
Eine Forschungs- und Entwicklungspolitik (F&E), die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationen sichert	Bremen *	Rheinland-Pfalz	Hessen	Saarland *	Sachsen	Baden-Württemberg	Sachsen-Anhalt	Berlin	DE	Thüringen	Brandenburg	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Bayern	Mecklenburg-Vorpommern	Schleswig-Holstein	Hamburg	EU27
	24%	19%	17%	17%	16%	15%	15%	14%	13%	13%	12%	12%	12%	12%	11%	10%	5%	15%

* Anzahl der Befragten in einigen Bundesländern unter 150 – Ergebnisse sind mit Vorsicht zu interpretieren.

⇒ Trends EU27 & DE:

	EU27						DE					
	J-F 2010	A-S 2010	A-M 2011	N 2011	J 2012	N-D 2012	J-F 2010	A-S 2010	A-M 2011	N 2011	J 2012	N-D 2012
Die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung	44%	52%	51%	49%	50%	53%	44%	56%	51%	48%	51%	51%
Die Abstimmung von Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik	24%	27%	28%	37%	37%	35%	28%	35%	36%	53%	54%	47%
Der Kampf gegen den Klimawandel	34%	26%	26%	22%	20%	21%	45%	36%	38%	36%	32%	32%
Eine gemeinsame Energiepolitik, um die Unabhängigkeit der EU im Energiebereich zu gewährleisten	24%	20%	23%	22%	21%	21%	34%	27%	42%	38%	35%	35%
Eine Verbesserung des Verbraucherschutzes und des Gesundheitsschutzes der Bevölkerung	35%	33%	32%	30%	31%	30%	32%	30%	34%	26%	24%	25%
Die Bekämpfung des Terrorismus bei gleichzeitigem Respekt der persönlichen Grundfreiheiten	34%	28%	25%	22%	24%	22%	33%	31%	27%	25%	27%	26%
Eine gemeinsame Außenpolitik, die es der EU ermöglicht auf dem internationalen Parkett mit einer Stimme zu sprechen	21%	17%	16%	21%	22%	22%	26%	20%	21%	26%	28%	29%
Eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die es der EU ermöglicht, sich internationalen Krisen zu stellen	30%	23%	24%	29%	28%	28%	27%	23%	22%	23%	27%	25%
Eine gemeinsame Einwanderungspolitik in Absprache mit den Herkunftsländern	20%	20%	22%	19%	19%	18%	22%	26%	26%	23%	21%	23%
Eine Landwirtschaftspolitik, die umweltfreundlich ist und zum weltweiten Gleichgewicht in der Nahrungsmittelversorgung beiträgt	28%	27%	25%	22%	23%	21%	22%	22%	20%	20%	19%	15%
Die Durchsetzung eines europäischen Sozialmodells	11%	13%	12%	14%	14%	15%	11%	18%	18%	16%	18%	21%
Eine Forschungs- und Entwicklungspolitik (F&E), die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationen sichert	13%	14%	13%	14%	16%	18%	18%	13%	13%	12%	13%	14%

B – Vorrangige Werte

- In Deutschland wie auch in der gesamten EU ist der „Schutz der Menschenrechte“ der Wert, der vor allen anderen vom Europäischen Parlament vertreten werden sollte. Die Befragten in Deutschland nennen diesen Punkt jedoch noch häufiger (67 % im Vergleich zu 57 % im EU-Durchschnitt). Die meisten Werte werden in Deutschland häufiger als im EU-Durchschnitt genannt.

„Der Schutz der Menschenrechte“ wird in jedem Bundesland an erster Stelle genannt. Die größten Unterschiede zwischen den Bundesländern gibt es bei dem Punkt „Gleichheit zwischen Männern und Frauen“, wobei der höchste Prozentsatz in Thüringen (48 %) und der niedrigste in Bremen (18 %) verzeichnet wird.

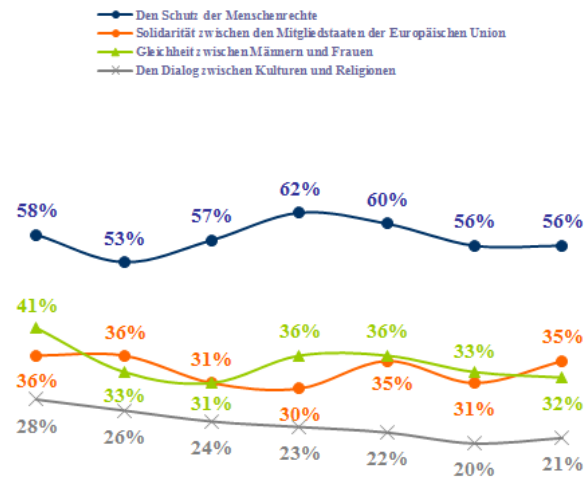
Frage: „Welchen der folgenden Werte sollte das Europäische Parlament Ihrer Meinung nach vorrangig verteidigen?“

⇒ **Kumulierte Ergebnisse: Regionale Unterschiede**

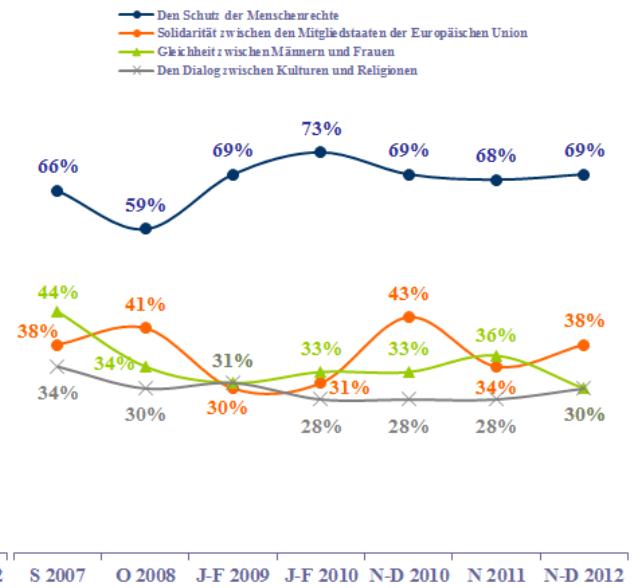
	Thüringen	Schleswig-Holstein	Bayern	Berlin	Hessen	Nordrhein-Westfalen	Hamburg	Sachsen-Anhalt	Mecklenburg-Vorpommern	DE	Rheinland-Pfalz	Niedersachsen	Brandenburg	Sachsen	Baden-Württemberg	Saarland	Bremen	EU27
Den Schutz der Menschenrechte	77%	72%	71%	71%	69%	69%	68%	68%	67%	67%	67%	64%	64%	63%	63%	62%	50%	57%
	Baden-Württemberg	Sachsen	Niedersachsen	Saarland	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Bremen	Rheinland-Pfalz	Brandenburg	Hamburg	DE	Sachsen-Anhalt	Nordrhein-Westfalen	Bayern	Berlin	Schleswig-Holstein	Thüringen	EU27
Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union	44%	44%	40%	40%	40%	39%	39%	38%	37%	37%	36%	36%	34%	31%	30%	30%	28%	34%
	Thüringen	Brandenburg	Sachsen-Anhalt	Mecklenburg-Vorpommern	Schleswig-Holstein	Berlin	Sachsen	Baden-Württemberg	DE	Nordrhein-Westfalen	Bayern	Niedersachsen	Saarland	Hessen	Rheinland-Pfalz	Hamburg	Bremen	EU27
Gleichheit zwischen Männern und Frauen	48%	47%	46%	42%	41%	41%	36%	35%	34%	34%	32%	31%	29%	28%	25%	23%	18%	35%
	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Baden-Württemberg	Nordrhein-Westfalen	Sachsen	DE	Bayern	Hamburg	Hessen	Berlin	Thüringen	Bremen	Rheinland-Pfalz	Sachsen-Anhalt	Brandenburg	Schleswig-Holstein	Saarland	EU27
Den Dialog zwischen Kulturen und Religionen	37%	34%	32%	32%	32%	30%	29%	28%	28%	28%	28%	26%	26%	25%	22%	18%	18%	23%
	Bremen	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen-Anhalt	Rheinland-Pfalz	Hamburg	Niedersachsen	Baden-Württemberg	Sachsen	DE	Berlin	Thüringen	Saarland	Brandenburg	Nordrhein-Westfalen	Schleswig-Holstein	Bayern	Hessen	EU27
Solidarität zwischen der Europäischen Union und armen Ländern in der Welt	39%	36%	36%	35%	35%	31%	30%	29%	28%	27%	27%	26%	26%	26%	26%	26%	25%	27%
	Berlin	Hamburg	Bayern	Schleswig-Holstein	Rheinland-Pfalz	Thüringen	Nordrhein-Westfalen	DE	Hessen	Niedersachsen	Brandenburg	Baden-Württemberg	Sachsen	Bremen	Saarland	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen-Anhalt	EU27
Den Schutz von Minderheiten	30%	30%	29%	28%	27%	27%	26%	25%	25%	23%	22%	22%	21%	21%	21%	19%	18%	21%
	Hamburg	Bayern	Hessen	Schleswig-Holstein	Sachsen-Anhalt	Nordrhein-Westfalen	DE	Bremen	Berlin	Niedersachsen	Baden-Württemberg	Thüringen	Brandenburg	Rheinland-Pfalz	Saarland	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	EU27
Die weltweite Abschaffung der Todesstrafe	40%	29%	27%	26%	23%	23%	22%	21%	21%	20%	18%	17%	16%	16%	16%	15%	11%	15%
	Bayern	Berlin	Thüringen	Hessen	Baden-Württemberg	DE	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Brandenburg	Niedersachsen	Saarland	Sachsen	Schleswig-Holstein	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen-Anhalt	Bremen	Hamburg	EU27
Redefreiheit*	31%	29%	27%	23%	23%	22%	21%	21%	21%	20%	19%	18%	18%	18%	17%	13%	10%	33%

* Diese Frage wurde im September 2007 und im Oktober 2008 nicht gestellt.

⇒ Trends: EU27



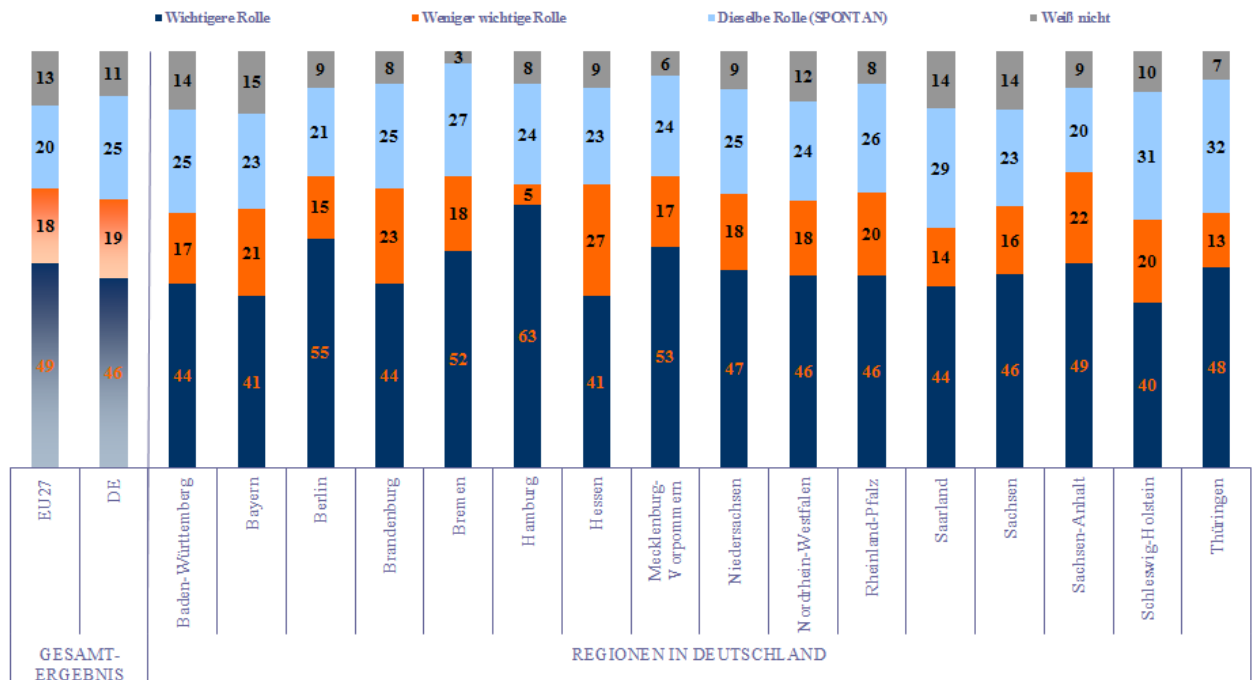
Trends: DE



C – Erwartungen an die Rolle des Europäischen Parlaments

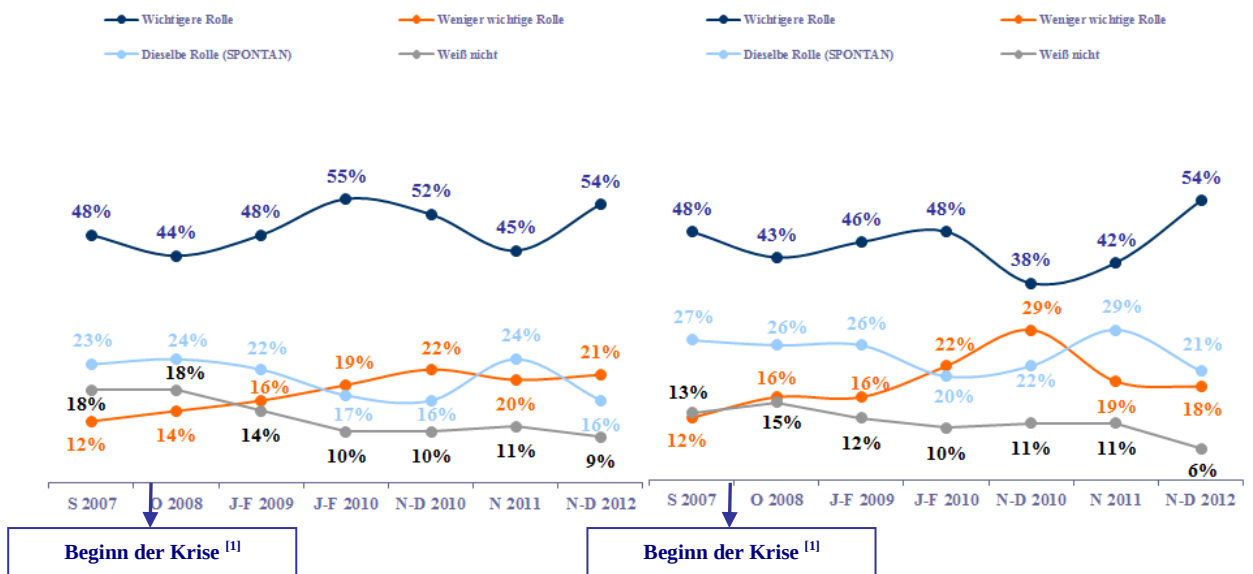
Frage: „Wäre es Ihnen persönlich lieber, wenn das Europäische Parlament eine wichtigere bzw. weniger wichtige Rolle als derzeit spielen würde?“

⇒ Kumulierte Ergebnisse: Regionale Unterschiede



⇒ Trends: EU27

Trends: DE



[1] Hinweis: Der Insolvenzantrag von Lehman Brothers vom 15. September 2008 wird im Allgemeinen als Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise betrachtet.

TEIL III – DIE KRISE

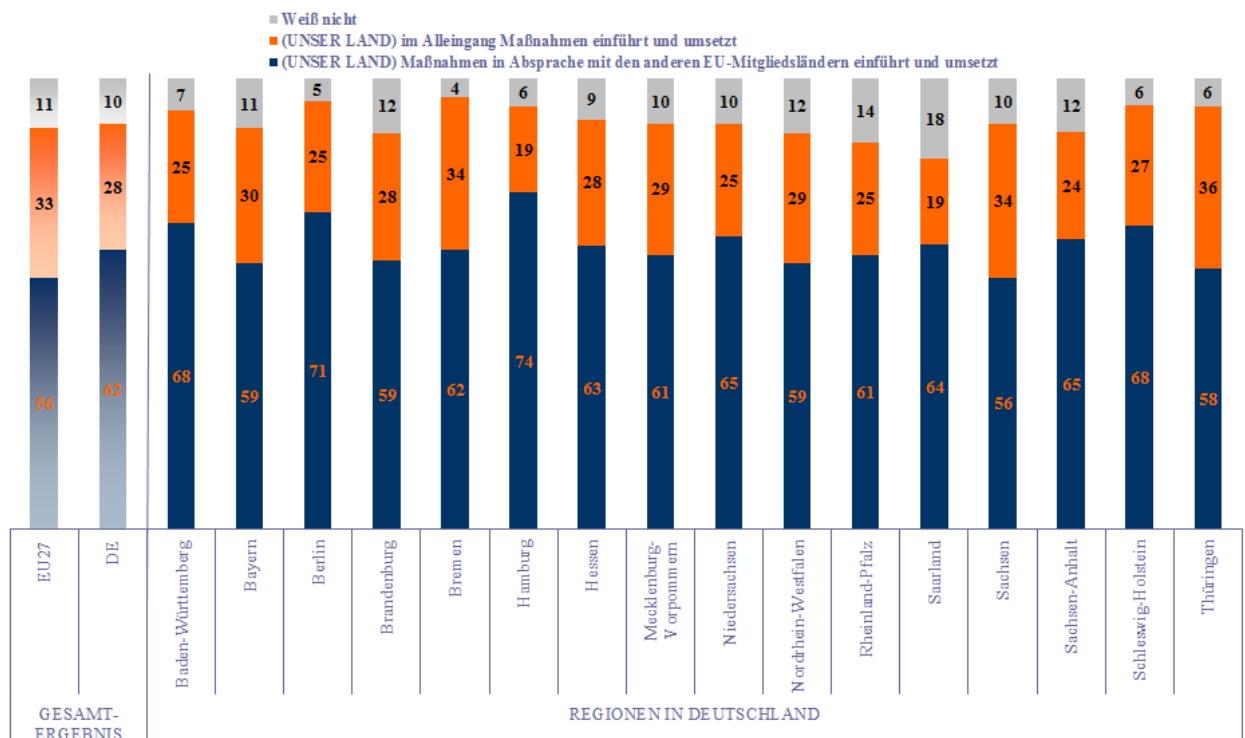
A – Reaktionen auf die Krise: individuelle oder koordinierte Maßnahmen?

- Eine absolute Mehrheit der Befragten in Deutschland ist der Ansicht, dass sie besser geschützt wäre, wenn Deutschland Maßnahmen in Absprache mit anderen EU-Mitgliedsländern ergreifen würde (62 % im Vergleich zu 56 % in der EU).

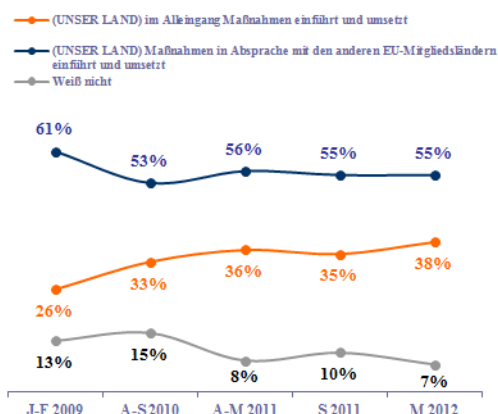
In allen deutschen Bundesländern fordert mindestens die Hälfte der Befragten koordinierte Maßnahmen, wobei die Ergebnisse zwischen 56 % in Sachsen und 74 % in Hamburg schwanken.

Frage: „Würden Sie als Bürger sagen, Sie sind besser geschützt gegen die Auswirkungen der derzeitigen Krise, wenn ...?“

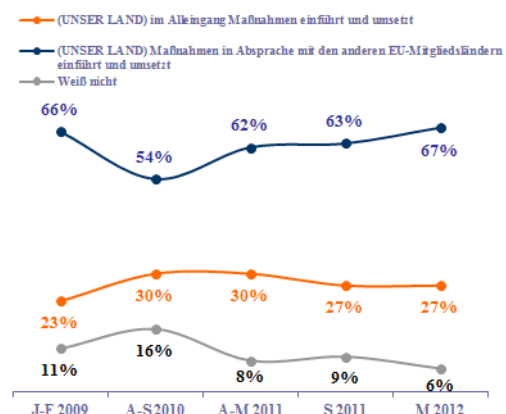
⇒ Kumulierte Ergebnisse: Regionale Unterschiede



⇒ Trends: EU27



Trends: DE



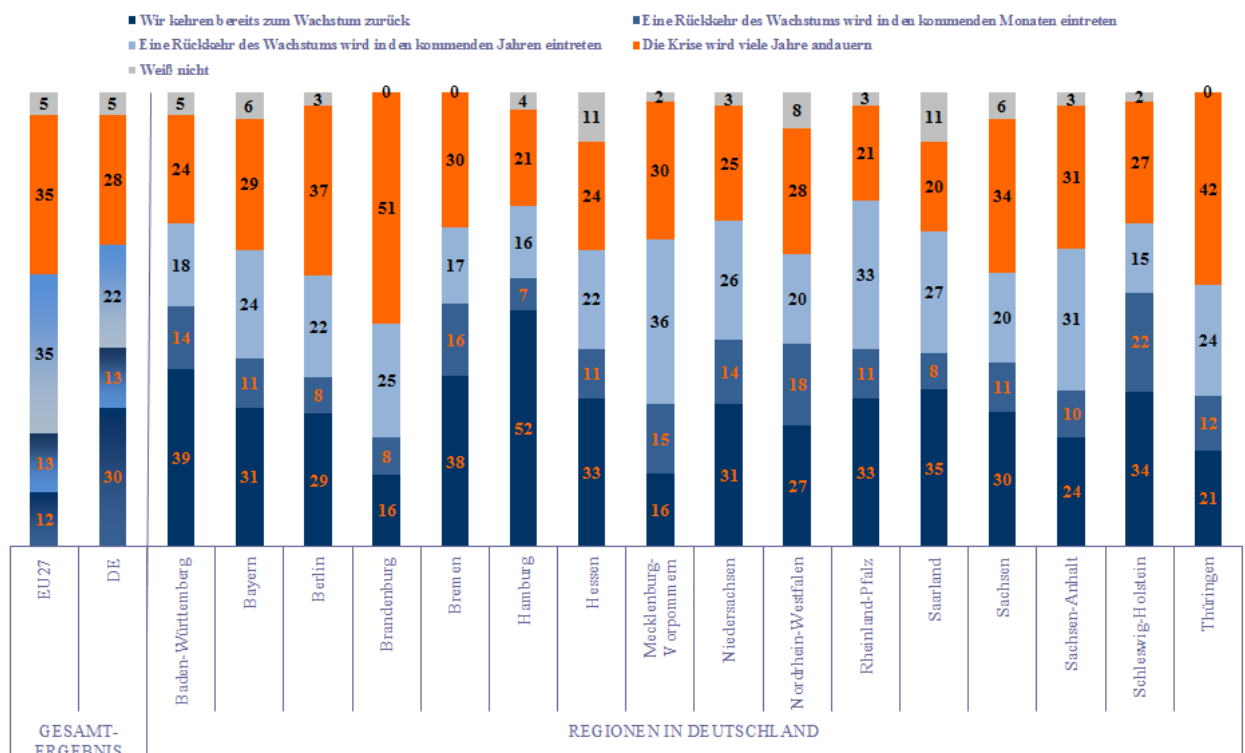
B – Rückkehr zum Wachstum

- Die kumulierten Ergebnisse zeigen, dass jeder dritte Befragte in Deutschland der Ansicht ist, dass sein Land schon jetzt zum Wachstum zurückkehrt (30 % im Vergleich zu 12 % im EU-Durchschnitt).

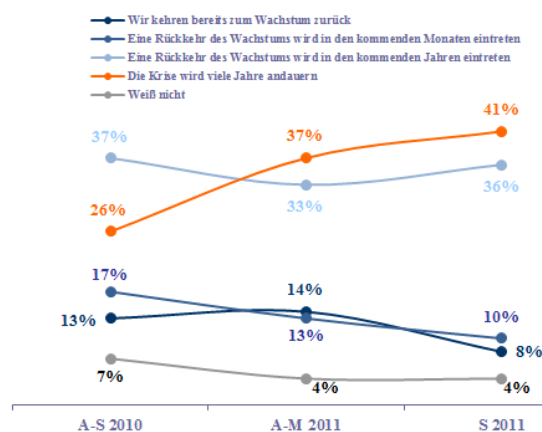
Eine absolute Mehrheit der Befragten in Hamburg stimmt dieser Aussage zu (52 %) und liegt damit weit vor anderen Bundesländern, wo die Unterschiede zwischen 16 % in Brandenburg bzw. Mecklenburg-Vorpommern und 39 % in Baden-Württemberg liegen.

Frage: „Welche der folgenden Ansichten kommt Ihrer persönlichen Meinung am nächsten, wenn es um eine Rückkehr des Wachstums in (UNSEREM LAND) geht?“

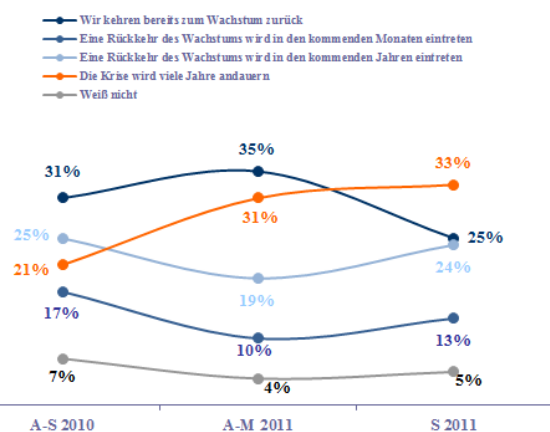
⇒ **Kumulierte Ergebnisse: Regionale Unterschiede**



⇒ **Trends: EU27**



Trends: DE



METHODOLOGISCHER ANHANG:

REGIONALE ANALYSE DER EUROBAROMETER-ERGEBNISSE

A - Die Grenzen regionaler Analysen auf der Grundlage der Ergebnisse einer einzigen Umfrage

Eurobarometer-Umfragen ermöglichen eine Analyse der öffentlichen Meinung in der gesamten Europäischen Union und ihren 27 Mitgliedstaaten. In jedem Mitgliedstaat lassen sich dabei auch regionale Unterschiede feststellen.

Die Eurobarometer-Umfragen werden auf der Grundlage **nationaler Stichproben mit Standardumfang** durchgeführt, durch die eine **größtmögliche Repräsentativität** auf nationaler Ebene **gewährleistet** ist. In jedem Mitgliedstaat werden etwa 1 000 Personen befragt, mit Ausnahme von Deutschland (N 1 500), dem Vereinigten Königreich (N 1 300), Luxemburg (N 500), Zypern (N 500) und Malta (N 500).

Selbst in den größten **Mitgliedstaaten ist die Zahl der in den einzelnen Regionen durchgeführten Befragungen indes zu gering, um die Zuverlässigkeit der Ergebnisse auf dieser Ebene zu gewährleisten**. Eine nationale Eurobarometer-Stichprobe ist darauf ausgelegt, die Repräsentativität auf nationaler Ebene sicherzustellen, für eine regionale Analyse jedoch unzureichend.

B - Durchführbarkeit regionaler Analysen durch Kumulierung der Ergebnisse mehrerer Umfragen

Eine **Zusammenfassung der Ergebnisse mehrerer Umfragen** mit gleicher Fragestellung ermöglicht den Erhalt von Stichproben in einer Größenordnung, die **einer Analyse auf regionaler Ebene Aussagekraft verleiht**.

Anhand eines ausreichenden Stichprobenumfangs (im Allgemeinen mindestens 150 Personen) lassen sich **regionale Tendenzen aufzeigen**. Erreicht wird dies durch die Kumulierung der Ergebnisse mehrerer Umfragen, durch die man für jede Region eine ausreichende Zahl an Befragungen erhält. Durch regionalspezifische Studien könnten diese Ergebnisse weiter aufgewertet werden.

Referat Beobachtung der öffentlichen Meinung
SuiviOpinionPublique@europarl.europa.eu